

Harold James

DER KRIEG DER WORTE

**16 Schlüsselbegriffe im Kampf
um die Weltordnung**

Aus dem Englischen von Carla Hegerl,
Franka Reinhart und Carolin Weißbach

HERDER 

FREIBURG · BASEL · WIEN



Die englische Originalausgabe ist 2021 unter dem Titel *War of the Words*
bei der Yale University Press in New Haven & London erschienen.
Published with assistance from the Mary Cady Tew Memorial Fund.
Copyright © 2021 by Harold James.

© Verlag Herder GmbH, Freiburg im Breisgau 2024
Alle Rechte vorbehalten
www.herder.de

Satz: Grafikstudio Daniel Förster, Belgern
Herstellung: GGP Media GmbH, Pößneck
Printed in Germany

ISBN Print: 978-3-451-39669-4
ISBN E-Book (PDF): 978-3-451-83441-7
ISBN E-Book (EPUB): 978-3-451-83439-4

*Für Maximilian, Marie-Louise, Montagu und
die nächste Generation auf dieser Welt*

INHALT

Vorwort	9
Einleitung: Wie aus Wörtern Auseinandersetzungen werden	11
Über Niedergang, Verfall, Entkopplung und deren Rhetorik	
Vorwort zur deutschen Ausgabe	29
1 Kapitalismus	43
2 Sozialismus	77
3 Demokratie, Nationalstaat und Nationalismus	99
4 Hegemonie	123
5 Multilateralismus	147
6 Die furchterregenden deutschen Politikbegriffe	173
7 Schulden	203
8 Technokratie	231
9 Populismus	259
10 Globalismus	275
11 Globalisierung und ihre Neologismen	289
12 Neoliberalismus	333
13 Gerechtigkeit und Globale Gerechtigkeit	367
14 Krise	393
15 Neuprägung der Wörter in unserem Wortschatz	407
Anmerkungen	437

VORWORT

Die Idee für dieses Buch ist dem starken Eindruck geschuldet, dass die heutige Globalisierungsdebatte nicht auf einem klaren Verständnis der grundlegenden Konzepte und Begrifflichkeiten fußt. Ich beschäftige mich seit mehr als dreißig Jahren mit der Globalisierung und der Kritik an ihr, und ich bin zu der Überzeugung gelangt, dass die meisten Missverständnisse in der Debatte auf unpräzises Vokabular zurückzuführen sind. Bestimmte Begriffe – wie neuerdings *Neoliberalismus*, *Globalismus* und *Geopolitik* – werden auf einmal überall benutzt, ohne dass sie adäquat definiert wären. Um diesen Missstand zu beheben, spanne ich in diesem Buch einen weiten Bogen und betrachte historische Fakten ebenso wie aktuelle Ereignisse. Es soll allen, die diese wichtigen konzeptuellen politischen Debatten voranbringen wollen, endlich eine gemeinsame Sprache an die Hand geben.

Manche Kapitel bauen teilweise auf bereits anderweitig veröffentlichten Artikeln auf. Ich danke den Herausgeberinnen und Herausgebern der Fachzeitschrift *Capitalism* für die Erlaubnis, eine abgewandelte Version des 12. Kapitels verwenden zu dürfen, das teilweise auf meinem Aufsatz »Neoliberalism and its Interlocutors« basiert (*Capitalism: A Journal of History and Economics* 1, Nr. 2, Frühling 2020, © University of Pennsylvania Press). Teile des 1. Kapitels erschienen in meinem Beitrag »Finance Capitalism« in dem von Jürgen Kocka und Marcel van der Linden herausgegebenen Sammelband *Capitalism: The Reemergence of*

a *Historical Concept*, London: Bloomsbury Academic, 2016; Teile des 4. Kapitel erschienen in meinem Aufsatz »International Order after the Financial Crisis« in *International Affairs* 87, Nr. 3 (Mai 2011), S. 525–537, © 2014 The Royal Institute of International Affairs mit Erlaubnis der Oxford University Press; und Teile des 11. Kapitels erschienen als »Deglobalization: The Rise of Disembedded Unilateralism« im *Annual Review of Financial Economics* 10 (2018), S. 219–237, © Annual Reviews.

Mein Dank gilt den Organisatorinnen und Organisatoren zahlreicher Seminare und Konferenzen, auf denen ich Teile der in diesem Buch vorgebrachten Argumentationen vorgestellt habe, u. a. David Bell vom Davis Center for Historical Studies und Markus Brunnermeier vom Bendheim Center for Finance in Princeton; Wolfgang Quaisser von der Akademie für Politische Bildung; Piotr Pysz von der Konrad-Adenauer-Stiftung Warschau; Liz Mohn, Wolfgang Schüssel und Jörg Habich vom Trilog der Bertelsmann Stiftung; Daniel Gros vom Brüsseler Centre for European Policy Studies; Andrew Los und Robert Merton's Konferenz des Annual Review of Financial Economics an der Stern School, New York University; Anne Deighton und der Cyril-Foster-Lesungsreihe der Oxford University; Jeffrey Edward Green von der University of Pennsylvania; Adam Posen vom Peterson Institute; und Mary Lewis von der Harvard University. Ich danke auch Michael Bordo, Luís António Vinhas Catão, Marc Flandreau, Jürgen Kocka, Jurgen Reinhoudt und Daniel Rodgers für ihre wertvollen Kommentare zu einigen Buchabschnitten. Joshua Derman hat den gesamten Text einer scharfsinnigen Lektüre unterzogen.

Seth Ditchik von der Yale University Press stand mir mit hilfreichem Rat zur Seite. Anna Vinitsky hat als Forschungsassistentin ausgezeichnete Arbeit geleistet und mir einige russischsprachige Quellen zugänglich gemacht. Julie Carlson hat das Manuskript sehr gründlich und aufmerksam redigiert. Kapitel 5 und 6 habe ich gemeinsam mit Marzenna James vom Politics Department der Princeton University geschrieben. Ihr gilt mein ewiger Dank. Unsere Kinder Maximilian, Marie-Louise und Montagu James haben ebenfalls unendlich wertvollen Input gegeben.

EINLEITUNG: WIE AUS WÖRTERN AUSEINANDERSETZUNGEN WERDEN

Wir erleben aktuell, wie das Aufeinandertreffen zweier Prinzipien oder Philosophien die Wirtschaft, Gesellschaft und Politik radikal verändert. *Globalismus*, *Kosmopolitismus*, *Internationalismus*, *Multilateralismus*: Es gibt viele Wörter für das Prinzip der Weltoffenheit. Auf der anderen Seite stehen *Partikularismus*, *Lokalismus* und *Nationalismus*. Ein Virus, das 2020 zum Gesicht – zur Verwirklichung – der Globalisierung wurde, hat diese Polarisierung weiter verschärft. Die Coronapandemie hat viele Entwicklungen beschleunigt, die bereits weit fortgeschritten waren. Sie führte dazu, dass Technologien in neue, häufig privatere Anwendungsbereiche vordrangen, und gab (zwischenzeitlich) dem Anti-Globalisierungs-Backlash neuen Aufwind. Sie hat zu ökonomischen und sozialen Spannungen sowie zu neuen und eigenartigen Formen psychischer Belastungen geführt.

In Krisenzeiten muss man umdenken und sich umorientieren: Man kann auf die Grundlagen zurückgreifen. Verrät uns die Geschichte irgendetwas darüber, was uns bevorsteht und wie wir darüber denken sollen? Dieses Buch geht davon aus, dass Zeiten des tiefgreifenden so-

zialen Wandels neue Fragen aufwerfen und neue Vokabeln hervorbringen. Unser Wortschatz ist ein Spiegel unserer Ideen, und diese bündeln unsere kollektiven Ansichten der Realität. Sie übersetzen individuelle Erfahrungen in ein allgemeineres oder sogar universelles Verständnis. Ein Kernsatz von Ludwig Wittgensteins Philosophie lautet bekanntermaßen: »Die Grenzen meiner Sprache bedeuten die Grenzen meiner Welt.«¹ Es war schon immer die Sprache, die Menschen voneinander trennte: In der Geschichte vom Turmbau zu Babel, einer unserer mächtigsten Mythen, zerstört Gott ein Gebäude, das eine universelle Sprache erschaffen hätte, weil diese den Menschen quasi-göttliche Kräfte verliehen hätte (»Wohlauf, lasst uns eine Stadt und einen Turm bauen, dessen Spitze bis an den Himmel reiche, dass wir uns einen Namen machen; denn wir werden sonst zerstreut über die ganze Erde.«)². Es hat seitdem zahlreiche Versuche gegeben, Universalsprachen zu erschaffen – zwei Beispiele sind Esperanto und Volapük –, doch diese sind schnell wieder in Vergessenheit geraten. Stattdessen haben wir uns weitgehend an den Gedanken gewöhnt, dass Übersetzungen möglich sind, auch wenn dabei vielerlei Nuancen verloren gehen. Insbesondere wenn wir verstehen wollen, mit welchen Begriffen Menschen über Staaten und Regierungen nachdenken – und inwiefern die internationale Gesellschaft von internationalen Beziehungen und ideologischen Kämpfen geprägt ist –, werden bestimmte Sprachen immer wieder übersetzt, und zwar häufig schlecht oder unzureichend. Dabei bleibt oft unbemerkt, wie groß die Verluste in Übersetzungen sind.

Häufig wird so getan, als sei das Übersetzen ein simpler Tauschhandel, ähnlich dem Bezahlen mit Geld, bei dem Äquivalenzen zwischen Waren, Dienstleistungen oder sogar Versprechungen hergestellt werden. Doch die Wörter, mit denen in den heutigen kulturellen, politischen und ökonomischen Kampfdebatten wie mit Munition ständig um sich geworfen wird – *Kapitalismus, Sozialismus, Demokratie, Imperialismus* und *Hegemonie, Multilateralismus, Geopolitik, Populismus, Technokratie, Schuldenpolitik, Globalismus, Globalisierung* und *Neoliberalismus*, um nur einige zu nennen –, sind so unklar definiert, dass sie gar nicht mehr

für einen Tauschhandel genutzt werden, sondern für das Verwischen von Argumenten und das Diskreditieren von Menschen mit anderen Meinungen. Alle Begriffe, denen in diesem Buch auf den Grund gegangen wird, wurden im Laufe ihrer langen Geschichte von Befürwortern und Gegnern ausgiebig hin- und hergeschmissen. Nachdem sich mit diesen Begriffen anfangs eine bestimmte Problemlage eines historischen Moments präzise einfangen ließ, beschleunigte sich die Vielfalt ihrer Bedeutungen und sie verleibten sich lawinenartig im Laufe der Zeit immer mehr Konnotationen ein, bis sie schließlich vereisten – oder schmolzen. Präzise Analysen sind mit ihnen nunmehr unmöglich.

Ein bemerkenswerter und bis heute aktueller Aufsatz des großen russischen Schriftstellers Alexander Solschenizyn behandelt diese Art von Wortverwirrung. Für ihn war eine Lüge nicht einfach eine Unwahrheit, sondern die Folge verzerrter und verdrehter Bezeichnungen: »Nicht die toten Knöchelchen und Schuppen der Ideologie zusammenkleben, nicht den vermoderten Lappen flicken – und wir werden erstaunt sein, wie schnell und hilflos die Lüge abfällt, und was nackt und bloß dastehen soll, wird dann nackt und bloß vor der Welt stehen.«³

Der Philosoph William James sorgte vor über einem Jahrhundert mit seiner These für großen Aufruhr, dass sich eine Theorie an dem, so James, »Barwert der Wahrheit in Bezug auf die tatsächliche Erfahrung«⁴ messen lassen müsse. Laut James hätten Theorien keine eigene Qualität für einzelne Individuen, sondern bezögen ihren Wert aus ihrer Akzeptanz innerhalb eines breiteren Umfelds bzw. durch ihre Zirkulation in einem Markt. Diese Ansicht wurde von John Grier Hibben, einem Philosophen und späteren Präsidenten der Princeton University, scharf angegriffen. Er sagte – kurz nach dem verheerenden Finanzcrash von 1907 –, James' Forderung würde »in der Welt unseres Denkens eine ebenso große Panik auslösen wie ein ähnlicher Gedanke in der Finanzwelt.«⁵ Die Diskussion hat nicht an Aktualität verloren, denn tatsächlich greift Panik unter vielen Menschen um sich.

Genau wie Währungen findet man den Ursprung der Begriffe, um die es in diesem Buch geht, in den Machtzentren. In der Geschichte des

Geldes waren Großbritannien im 19. Jahrhundert und die Vereinigten Staaten im späten 20. Jahrhundert vorherrschend. Auch Theorien haben ihren Ursprung in Produktions- und Handelszentren – Orte, an denen Ideen entstehen, aufeinandertreffen, weiterentwickelt und verzerrt werden. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in der Zeit nach der Französischen Revolution, brachte Frankreich, insbesondere Paris, formbare Begriffe wie *Nation*, *Sozialismus* und *Demokratie* hervor. Im späten 19. Jahrhundert nahm Deutschland nicht nur eine neue politische Rolle ein, sondern wurde auch zu einem intellektuellen Machtzentrum. Hatten deutsche Denker das französische Vokabular zuvor noch begeistert in ihre eigene Sprache übernommen, so entwickelten sie nun selbst neue Begrifflichkeiten wie *Machtpolitik* und *Geopolitik*.

In der Mitte des 20. Jahrhunderts überquerte viel deutsches Vokabular den Atlantik und landete in einem neuen Schmelztiegel. Die Menschen, die diese Begriffe mit sich brachten, waren oft vor dem Nationalsozialismus geflohen – einem System, das teilweise aus jenen Begriffen hervorgegangen war, die sie selbst internalisiert hatten. In den Vereinigten Staaten wurden diese Begriffe Teil einer neuen Sprache, mit der die aufsteigende Supermacht über ihre Vision einer Weltordnung nachdachte.

Die Vergangenheit (und ihre Denkerinnen und Denker) vererben uns die Sprache, mit der wir Meinungen ausdrücken und anfechten. Besonders zwei Epochen haben einen Großteil unserer heutigen politischen Begriffe und damit auch unsere Reaktionen auf die zahlreichen Krisen, die wir der Globalisierung zu verdanken haben, geprägt. Die erste sprachliche Innovationsepoche fand vor rund 200 Jahren statt, nach dem Ende der Französischen Revolution und der Napoleonischen Kriege. In der Zeit nach der doppelten Umwälzung durch die Französische und Industrielle Revolution entstand eine neue politische Sprache, in deren Zentrum Nation und Demokratie, später dann Kapitalismus und Sozialismus standen. Der große deutsche Geisteshistoriker Reinhart Koselleck hat diese Phase als *Sattelzeit* bezeichnet (abgeleitet von einem Bergsattel, von dem Reisende die gegensätzlichen Landschaften zweier unterschiedlicher Täler überblicken können). Es geht

hier also um eine Bewegung durch Zeit und Raum. Im frühen 19. Jahrhundert erblickten die Schlüsselbegriffe der politischen Moderne das Licht der Welt: Neben *Nation* und *Nationalismus* auch *Konservatismus*, *Liberalismus*, *Sozialismus*, *Kapitalismus* und *Demokratie*. Der letzte Begriff, *Demokratie*, ist natürlich viel älter, doch der Begriff wurde damals auf neue Weise im Kontext einer anderen Organisationsform – großangelegte Wahlen anstelle von Losverfahren für die Vergabe politischer Ämter – wiederentdeckt. Daher hatten die demokratischen Debatten kaum noch etwas mit dem antiken Athen oder den spätmittelalterlichen Stadtstaaten Italiens zu tun. Wir denken auch heute noch in *Is-men* und aufgrund ihrer Entstehungsgeschichte sind diese Begriffe auf ebenso seltsame wie komplexe Weise miteinander verflochten und voneinander abhängig. Sie atmen dieselbe intellektuelle Luft.

Sozialismus und *Kapitalismus* sind ein Beispiel für diese Form der begrifflichen Symbiose – sie sind Antonyme wie Yin und Yang. Der Begriff des Sozialismus entwickelte sich aus einer Kritik am Kapitalismus, während dieser wiederum die negativen Merkmale einer sich verändernden Welt zusammenfassen sollte. Traditionelle Handwerker, neue Industriearbeiter, aber auch eine Aristokratie, deren Reichtum dahinzuschmelzen drohte, und Intellektuelle, deren soziales Kapital untergraben sein könnte: Sie alle fühlten sich von der Übermacht der neuen, kapitalistischen Maschinerie bedroht. Sie waren nicht unbedingt für den Sozialismus, aber verurteilten den Kapitalismus; und all jene, die von Kollektiven sprachen, erhielten viel Zulauf. Die zwei Antonyme blieben eng miteinander verwoben und im späten 20. Jahrhundert verteidigten die Apologeten des Kapitalismus ihre Position ganz einfach dadurch, dass sie von einem Scheitern des Sozialismus sprachen. Ein alter sowjetischer Witz bringt die gegenseitige Abhängigkeit dieser beiden Begriffe perfekt zum Ausdruck: Was ist der Unterschied zwischen Kapitalismus und Kommunismus? Der Kapitalismus ist die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Beim Kommunismus ist es andersrum. Wie wir noch sehen werden, beschleunigte sich die Konvergenz oder Vermischung dieser beiden Begriffe durch billigere und leichter zugängliche Informationen.

Die Bedeutungen der Begriffe *Kapitalismus* und *Sozialismus* waren im 19. Jahrhundert, als sie zum ersten Mal auftauchten, vielschichtig, und sie wurden in verschiedenen Kontexten und zu unterschiedlichen Zwecken verwendet. Sie beschrieben ein sich ständig veränderndes Verständnis dessen, wie die Welt organisiert war und sein sollte. Sehr früh wurde erkannt, dass der Kapitalismus keine Staatsgrenzen kannte und so zu einer globalen Realität wurde. Der Sozialismus, sein Spiegelbild, war ein ebenso internationales Phänomen. Doch der Ort der Verwirklichung der sozialistischen Ordnung wurde vom Staat vorgegeben, der mehr und mehr die Form des Nationalstaats annahm. Die Nationalpolitik und die internationalen, grenzüberschreitenden Phänomene des Kapitalismus und Sozialismus befanden sich also in einem ständigen Spannungsverhältnis. Um die Beziehung zwischen diesen unterschiedlichen Gesellschaftsentwürfen zu verstehen, müssen wir uns den Debatten zum Zeitpunkt der Entstehung dieser Begriffe zuwenden.

Mit *Kapitalismus* sollte zunächst ein System beschrieben werden, das den Austausch von Eigentum und Arbeitskraft ermöglichte und die Subjekte dieser Tauschhandlungen auf eine Weise wiederum zu kaufbaren Produkten machte, was mit den alten Traditionen brach. Je weiter die Tauschlogik um sich griff, desto diffuser wurde der Kapitalismus als ein Prinzip und durchdrang immer mehr Aspekte des individuellen Verhaltens. Marktprinzipien wurden auf die Suche und Wahl der (Ehe-) Partner, das Sportmanagement, die Kulturproduktion und vieles mehr angewendet. Alles schien finanzielle Äquivalente zu haben. Geld diente als Übersetzungsmechanismus und Erinnerungsspeicher – und ähnlich einer Sprache wurde und wird es immer wieder neu erfunden. Es gab ein weiteres Paradox: Der Kapitalismus beruht auf dezentralisierten Entscheidungsprozessen. Doch je stärker sich das Kapital konzentriert, desto eher scheinen Entscheidungen an nur wenigen Knotenpunkten getroffen zu werden: Geht das schon in Richtung Planwirtschaft?

Der *Sozialismus* war eine Reaktion auf die organisatorischen Herausforderungen einer Humanisierung des Kapitalismus. Er entwickelte sich in zwei verschiedene Richtungen: Die erste setzte auf Planwirtschaft, die zweite auf die Umverteilung der Profite im Sinne einer ge-

rechteren Gesellschaft. Trotz der internationalistischen Ansprüche des Sozialismus wurden beide Denkrichtungen am ehesten noch im Kontext existierender Staaten realisiert. Das Verhältnis zwischen Sozialismus und Internationalismus blieb daher immer angespannt.

Der *Nationalstaat*, ob nun populistisch oder demokratisch regiert, war eine Reaktion auf den delokalisierten Kapitalismus. Mit der Zeit brachte man ihn zunehmend mit Wirtschaftsfragen und der Förderung von Wachstum und Entwicklung in Verbindung – eine Fixierung, die in Zeiten von Wirtschaftskrisen oder Unruhen gefährlich werden konnte. Dieselbe Denkweise, die die Existenz des Nationalstaates mit dessen wirtschaftlichen Vorteilen begründete, wurde auch auf transnationale Organisationen übertragen – insbesondere im Falle Europas. Die Europäische Gemeinschaft und die Europäische Union machten sich angreifbar, weil es so wirkte, als seien sie primär für einen rein wirtschaftlichen Zweck erschaffen worden.

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts wurde die Frage der Dominanz eines Staates über einen anderen – gefasst als *Hegemonie* oder als *Imperialismus* – zur organisatorischen Schlüsselfrage internationaler Beziehungen. Hegemonie war ein komplexes Phänomen, denn sie beruhte zwar auf Macht, ließ sich aber nicht durch schiere Stärke durchsetzen. Vielmehr musste der Hegemon etwas investieren, eine Bürde schultern oder einen Preis zahlen. Und die Ausübung von Hegemonie produzierte keine steigenden Kosten, sondern eine Gegenreaktion, den Anstoß zum Prozess der Dehegemonisierung.

Vor hundert Jahren, nach einer weiteren Epoche revolutionärer Umwälzungen wie dem Ersten Weltkrieg und der Oktoberrevolution, erlebten die Menschen eine weitere *Sattelzeit* – eine neue Herausforderung für die globale Verbundenheit. Die Gewissheiten der Welt vor 1914 schienen dahin zu sein. Gleichzeitig blickten viele nostalgisch auf die Vorkriegszeit zurück und wünschten sich einige ihrer besseren Eigenschaften zurück. John Maynard Keynes hat in seinem berühmten Buch *Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrags* auf brillante Weise die Ära der globalen wirtschaftlichen Vernetzung vor 1914 beschrieben,

um dann aufzuzeigen, wie die politische Kurzsichtigkeit diese Chance für nachfolgende Generationen wieder zerstörte. Der Nationalismus, Sozialismus, Kapitalismus und sogar die Demokratie schienen weit- aus mehr von Gewalt und weitaus weniger von Sachlichkeit bestimmt zu sein. Die damals entwickelten Ideen – wie *Technokratie*, *Geopolitik*, *Multilateralismus*, *Globalismus*, *Neoliberalismus* – sollten die obsolet gewordenen Konzepte des vergangenen Jahrhunderts ablösen. Sie prägten den Rest des Jahrhunderts, auch wenn nach 1945 und dem Sieg über den europäischen Faschismus wieder Normalität und Ordnung einzu- kehren schienen. Gegen Ende des 20. Jahrhunderts war ein weiteres Buzzword aus der Taufe gehoben: *Globalisierung*. Es schien eine andere Beschreibung des erdrückenden Molochs zu sein, der die individuellen Entscheidungen veränderte und nationalpolitische Programme sowohl schwieriger als auch komplexer werden ließ.

Könnte es ein neues Instrument geben, mit dem man eine große Anzahl von Staaten dazu bringen könnte, zum Wohle aller zusammen- zuarbeiten? Für Frieden und Gesundheit, gegen den Hunger und zur Begrenzung von Umweltschäden und Klimawandel? Das Konzept des *Multilateralismus* war ein Gegenentwurf zur *Hegemonie* und dem zu- nehmend populären Begriff der *Geopolitik*, der globale Politik auf Inter- aktionen basierend auf physischer Geografie reduzierte.

Die Verflechtungen des frühen 20. Jahrhunderts wurden durch Fi- nanzbeziehungen weiter verkompliziert. Die Dominanzfrage ging mit der Schuldenfrage Hand in Hand. Der Kapitalismus hatte im Laufe des 19. Jahrhunderts zu einer noch nie dagewesenen Vermarktlichung internationaler Schulden geführt, so wurden sie zu einem Machtin- strument. Manchmal war der Einfluss unvorhergesehen: Schuldner ho- her Beträge beispielsweise konnten beträchtlichen Druck auf Gläubiger ausüben, indem sie damit drohten, ihre Schulden nicht zurückzuzah- len. Schulden und Schuldenpolitik wurden zu einem entscheidenden Einflussfaktor moderner Politik.

Zu Beginn des 20. Jahrhundert tauchte ein weiterer Begriff auf: die *Technokraten*. Sie haben bestimmte Fähigkeiten oder verfügen über ein Expertenwissen, das sie von den eher generalistischen Politikern unter-

scheidet. Wer von *Technokraten* und *Technokratie* spricht, impliziert dabei häufig, Technokraten könnten die Langzeitfolgen ihrer Entscheidungen besser abschätzen als Politiker, die unpopuläre Entscheidungen eher zu vermeiden versuchen. Technokraten könnten daher eher erkennen, welche – oft schmerzhaften – Entscheidungen oder Opfer gerade notwendig seien. Dem technokratischen Gedanken wird vor allem dann gern gefolgt, wenn noch nie dagewesene (ein Lieblingsbegriff der Technokraten) Herausforderungen (noch so einer) mithilfe einer womöglich neuen Herangehensweise bewältigt werden müssen.

So wie der Kapitalismus und der Sozialismus zwei Seiten einer Medaille sind, stehen den Technokraten die Populisten gegenüber, die Erstere oder politische Eliten abschütteln und das Volk wieder an die Macht bringen wollen.

Eine extreme Form der Hegemonie war der *Globalismus*, laut dem jede Debatte über zwischenstaatliche Beziehungen darauf hinauslief, dass ein Staat einen anderen durch militärische, wirtschaftliche, politische oder kulturelle Einflussnahme zu dominieren versuchte. Der Globalismus war vor allem im späten 20. Jahrhundert en vogue. Damals brach eine neue Ära der Globalisierung an, die einige Gemeinsamkeiten mit der des 19. Jahrhunderts hatte. Somit wurde auch wieder über Fragen der Dominanz und des Machtmissbrauchs diskutiert.

Vom *Neoliberalismus* begann man in der Zwischenkriegszeit zu sprechen und wollte damit der zunehmenden Machtkonzentration etwas entgegensetzen – sei es auf nationaler Ebene im Hinblick auf die Etablierung von Zentren mit starker Wirtschaftsmacht oder auf internationaler im Hinblick auf das Hegemoniestreben. Doch die Analyse hegemonischer Praktiken war so erfolgreich – oder zersetzend –, dass auch der Neoliberalismus ihr anheimfiel und selbst als eine neue und noch wirksamere Form hegemonialer Machtausübung kritisiert wurde.

Nach der globalen Finanzkrise von 2007 und der Coronapandemie wurden die Begriffe des vergangenen Jahrhunderts – Technokratie, Globalismus, Globalisierung und Neoliberalismus – auf einmal zu einem Problem. Man hatte fast überall den Eindruck, dass sich viele verschiedene Bereiche der Gesellschaft im Krisenzustand befanden – ohne Lö-

sungen in Sicht. All jene Begriffe wurden gern eloquent angeprangert, was dann Teil der politischen Rhetorik und als selbstverständlich hingenommen wurde. Die Welt wandte sich gegen diese Begriffe, obwohl die grundlegenden Probleme jener Zeit (Gesundheit, Umwelt, Wirtschaft und Wohlbefinden) eindeutig globaler Natur waren; und heute fehlen uns die Wörter, um die Organisation unserer Gesellschaft, Politik und Wirtschaft auf begrifflicher Ebene zu fassen. Manche Kommentatoren lassen verlauten, sie seien auf der Suche nach einer »Nachfolgeideologie« für die heutigen, unzeitgemäßen Begriffe. Diese solle der Tatsache, dass »Begriffe, die zu kritischer Selbstreflexion anregen sollten, zu einer Echokammer werden, die sich zunehmend von der Realität abkapselt«⁶, etwas entgegensetzen. Ich beschäftigte mich 2001 in einem Buch über »das Ende der Globalisierung« mit einer ähnlichen Problematik und kam zu dem Schluss, dass die Alternativen zum gängigen analytischen Vokabular zu inkohärent, metaphorisch oder postmodern waren.⁷ Heute stehen wir einer regelrechten Flut von widersprüchlichen Theorien und missverständlichen Wörtern gegenüber.

Eine liberale, offene Gesellschaft lässt sich am besten als Marktplatz der Ideen begreifen. Demnach sollten alle Menschen eigene Ideen frei entwickeln, ausdrücken, erforschen, korrigieren, bestreiten, anfechten und widerlegen dürfen. So wird die Debatte zu einem Testfeld, auf dem Zusppruch den Preis oder Werthaftigkeit der Ideen erhöht, sie somit attraktiver und überzeugender macht, während Unklarheiten und Widersprüche ihre Akzeptanz oder ihren Wert verringern.

Wenn dem so wäre, dann müssten die besseren Ideen immer triumphieren und die Welt wäre ein besser geregelter – und vielleicht generell ein besserer – Ort. Geltende Glaubensgerüste müssten mit den sich verändernden Umständen nur hie und da leicht angepasst werden. Sehr selten gäbe es radikale epistemische Brüche, die eine neue Weltanschauung hervorbrächten, die scheinbar besser mit der Realität im Einklang wäre. So sah es auch John Stuart Mill: »Wenn die Menschheit fortschreitet, wird die Zahl der Lehren, über die kein Zweifel mehr besteht, beständig zunehmen, und das Gedeihen der Menschheit kann

beinahe bemessen werden nach der Wichtigkeit und Zahl der Wahrheiten, die nicht mehr bezweifelt werden können.«⁸ Man braucht kein großes Geschichtsverständnis, um die Realitätsferne hier zu bemerken, denn viele schlechte und destruktive Ideen haben sich durchgesetzt, zumindest eine gewisse Zeit lang. Nicht immer setzen sich im Kampf der Ideen die besseren durch. Das 20. Jahrhundert war ein großes Versuchsfeld, bei dem der Marktplatz der Ideen der Menschheit nicht allzu gut gedient hat.

Die Lebenswelt des 21. Jahrhunderts ist ähnlich verstörend. Es wird immer offensichtlicher, dass Debatten – ein zentrales Element der Theorie vom Marktplatz der Ideen – heute unmöglich geworden sind. In vielen Ländern werden polarisierte Diskussionen geführt – sei es über Trump, den Brexit, die europäische Austeritätspolitik oder das Anti-Drogen-Programm auf den Philippinen – ohne Raum für einen nuancierten Gedankenaustausch. Antagonismen bestimmen die Debatten. Die Welt wird auf eine Weise in Freunde und Feinde aufgeteilt, die der antiliberalen deutsche Philosoph Carl Schmitt im 20. Jahrhundert für charakteristisch für die Politik und den politischen Prozess hielt. Schmitt wird auf den folgenden Seiten immer wieder auftauchen, jedoch weniger als Inspiration, denn als das beste Beispiel für einen rhetorisch bestechenden Denker, dessen politische Philosophie auf einer dichotomen Weltaufteilung beruht.⁹

Diese neue Polarisierung könnte auch technologisch bedingt sein. Anstelle nationaler oder universeller Medien wird die Realität im Hinblick auf rivalisierende Erklärungs- und Lösungsansätze für Krisen zunehmend selektiv gefiltert. Man bewegt sich in Informations- und ideologischen Blasen. Menschen beziehen ihre Informationen und ihre Ansichten aus Quellen, die sie ausgewählt haben, weil sie mit ihren eigenen Ansichten und Vorurteilen übereinstimmen; und immer häufiger auf Plattformen, die die Wünsche und Konsummuster der Verbraucher algorithmisch vorhersagen. Auf diese Weise erhalten die Menschen genau die Nachrichten und Meinungen, die ihre eigenen Neigungen und Identitäten bestärken. Politische Einordnungen sind wenig mehr als ein Ausbau smarter Werbung. Dass Menschen sich derart in selbst-

referenziellen Blasen bewegen, ist nichts Neues, doch das Phänomen ist offensichtlicher geworden und wird breiter diskutiert.

Liberaler Politik beruht auf einer Debatten- und Streitkultur; anti-liberaler Politik beruht auf einer gegenseitigen Dämonisierung, die das Ergebnis einer solchen Streitkultur sein kann. Das stellt Liberale vor ein riesiges Dilemma: Bestätigen sie nicht die dualistische Weltsicht und alle Grundannahmen ihrer politischen Gegner, wenn sie sich dazu verleiten lassen, diese zu dämonisieren? Heute wissen wir, dass der militante Antitrumpismus zu einer Mobilisierung eines bedeutenden Teils der Bevölkerung geführt hat, der dem Angriff des Präsidenten auf die liberale politische und kulturelle Elite etwas abgewinnen konnte. Das größte Argument für einen Brexit hatte nichts mit übermäßigen EU-Regulationen zu tun, sondern basierte auf dem Argwohn und der Feindseligkeit gegenüber jenen Expertinnen und Experten, die Argumente über diese Regulationen hervorbrachten.

Und dann ist da noch der »Ausnahmestand«, ein politisches Konstrukt, das in Krisenzeiten zwar sinnvoll sein kann, aber auch das Tor öffnet für außergewöhnliche Missstände, Chaos und Schäden. Er soll nicht nur bestehende Regeln und Prozesse aushebeln, sondern auch die Sprache unterwandern. Historisch gesehen reagierten Demokratien mit Ausnahmeständen auf die Weltwirtschaftskrise der 1930er-Jahre und den Zweiten Weltkrieg. In der Gegenwart war der Ausnahmestand nach der Finanzkrise, als »große Bazookas«, »Shock and Awe« und »alles Notwendige« beschworen wurden, wieder in aller Munde – und vielleicht sogar noch stärker während der Coronapandemie 2020. Es wäre töricht, zu bestreiten, dass Notsituationen Ausnahmereaktionen erforderten, oder zu behaupten, Gesellschaften könnten nach Katastrophen einfach wie gewohnt weitermachen. Es stimmt aber auch, dass das Aussetzen bewährter institutioneller Schutzmechanismen zu einem Heer an Unregelmäßigkeiten, Korruption und Unternehmenswohlfehle führen, und somit die etablierte organisatorische Legitimität und Funktionsfähigkeit untergraben kann. Im Europa der Zwischenkriegszeit etablierte sich Carl Schmitt zum Vordenker des Ausnahmestandes: Er sah darin den Vorläufer einer neuen Politik. Seine *Politische*

Theologie, die 1922 mitten in der (Hyper-)Inflationskrise der Weimarer Republik erschien, beginnt mit einer erstaunlichen Neudefinition der Souveränität: »Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand entscheidet. Diese Definition kann den Begriff der Souveränität als einen Grenzbegriff allein gerecht werden.«¹⁰

Diese historischen Beobachtungen lassen mehrere Schlussfolgerungen zu: einerseits, dass die Konzepte der freiheitlichen Gesellschaft und des Marktplatzes der Ideen grundlegend falsch und dass der Markt die Ursache für die absurden Berg- und Talfahrten der Wirtschaft seien, die von Ökonominen und Ökonomen erforscht werden. Der Markt muss reguliert werden. Doch wer sollte diesen Markt der Ideen regulieren? Und auf welcher Grundlage? Ist dieser Gedanke selbst nicht ein Einfallstor für Tyrannei und Unrecht?

Die andere mögliche Schlussfolgerung ist die Prämisse dieses Buches. Der Marktplatz funktioniert nicht, weil die Ideen nicht korrekt bewertet werden können. Sie verändern sich zu schnell, sind zu unklar definiert. Der Marktplatz funktioniert nicht, weil es keine Preise gibt, an denen der Tauschhandel sich orientieren könnte. Der Preis ist die Bedeutung, aber die Bedeutungen jedes Begriffs sind unklar. Daher kann der Preis nicht festgelegt werden.

Die politischen Begriffe wurden von verschiedenen Ländern immer wieder ausgiebig diskutiert, wurden vor dem Hintergrund der spezifischen nationalen Traditionen zu Deutungen und Verständnis so sehr verändert, dass man ihre Nutzung woanders formen und pervertieren konnte. Sie werden aber alle von dem Gedanken der Spillovers zwischen verschiedenen politischen Systemen geprägt. Teilweise mag dieser Spillover-Effekt auch erklären, warum die reaktionäre Gegenbewegung ausgerechnet in jenen Ländern am stärksten ist, die wiederum die Idee der globalen Ordnung im 20. Jahrhundert entscheidend geprägt hatten. Mit dem Brexit-Referendum und der Wahl Donald Trumps ist ein neuer Politikstil entstanden, der die liberale internationale Ordnung gefährdet, die nach dem Sieg über den Nationalsozialismus im Jahr 1945 aufgebaut und

nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion zwischen 1989 und 1991 noch einmal gestärkt worden war. Das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten waren die wichtigsten Architekten der politischen Ordnung nach 1945 mit der Erschaffung der Vereinten Nationen, aber scheinen heute an der Spitze einer entgegengesetzten politischen Bewegung zu stehen, die sich auf wechselhafte, inkonsistente (und vor allem innenpolitisch stark umkämpfte) Weise vom Multilateralismus abwendet.

Die Vereinigten Staaten gaben die internationale Sprache der Ideen im 20. Jahrhundert vor. Sie übernahmen den Staffelstab von Frankreich und Deutschland, die das vorherige Jahrhundert dominiert hatten. Walter Lippmann, der als Vater des modernen politischen Journalismus gilt und großen Einfluss auf Woodrow Wilson hatte, als dieser die USA auf die politische Weltbühne führte, ist für viele Begriffsbildungen bekannt. Im Gegensatz zu Carl Schmitt mussten Begriffe seiner Ansicht nach nicht immer polarisieren. Er erkannte, dass jede Analyse auf klar definierten Konzepten beruhte, und lieferte diese häufig gleich selbst mit. Er erfand die Idee des *Stereotyps*, für den diese Begriffe häufig gehalten werden, sowie den Begriff des *Kalten Kriegs*, vor dessen Hintergrund die politische Sprache erstmals polarisierte und mobilisierte. Seine eigene Sicht der Dinge wandelte sich mehrmals recht schnell: vom jugendhaften Sozialismus, zu einem uneingeschränkten Glauben an die Wissenschaft, zum Wilsonianismus, zum Skeptizismus gegenüber Mehrheitsentscheidungen und Demokratie, zur Ablehnung des Wilsonianismus und schließlich zu dem Versuch, Realpolitik mit einer umfassenden Religion zu verbinden, obwohl er der organisierten Religion sein Leben lang skeptisch gegenüberstand. Nach dem Börsen-crash von 1929 schlussfolgerte er:

Das eigentliche Problem der heutigen Welt ist, dass die Demokratie, die nun endlich an der Macht ist, eine Kreatur des unmittelbaren Augenblicks ist. Ohne eine übergreifende Autorität, ohne religiöse, politische oder moralische Überzeugungen, die ihre Meinungen steuern, fehlen ihr Zweck und Zusammenhalt. Eine solche Demokratie ist zum Scheitern verurteilt.¹¹

Lippmann wird auch mit dem Wort *Neoliberalismus* in Verbindung gebracht, das auf einem Pariser Kolloquium im Jahr 1938, also kurz vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, als Schlagwort für Lippmanns Ideen geprägt wurde. Auch kritisierte er oft den *Globalismus*. Dieser schien wie eine Erklärung für die Verbindungen, die nun die Welt zusammenbrachten. Um heutige Stereotype aufzulösen, müssen wir zu den Grundlagen für Lippmanns Definitionen zurückkehren und diese neu denken.

Die Begriffe, die in diesem Buch untersucht werden, waren einst klar definiert. Doch je modischer und beliebter sie wurden, desto größer wurde auch der Drang, ihre Verwendung auszuweiten und ihnen quasimetaphorische Bedeutungen zuzuschreiben. In diesem neuen Begriffsuniversum kann das Original kaum noch von der Metapher unterschieden werden, zudem werden Wortbedeutungen überdehnt und aufgebläht. Moral und Moralismus haben Einzug in das Vokabular gehalten und machen aus Wörtern simple Labels, meist zur Verurteilung anderer. Aus vielen Begriffen, die ursprünglich konkrete politische oder soziale Phänomene benannten, werden so ganz einfach Beschreibungen geistiger Zustände. Paradoxe und politische Verwirrung sind die Folge: Die Begriffe infizieren die politische Debatte und verwandeln sich in dämonisierende Wörter.

Die verbale Verwirrung unserer politischen Debatten lädt zu einer Analogie mit der Inflation, der Erweiterung von Krediten und der Vergrößerung der Geldmenge ein. Daher werden sich meine nächsten Betrachtungen mit den Zusammenhängen zwischen Geld und Informationen sowie Ideen beschäftigen, und dann mit den Veränderungen in der Geldpolitik, die, ausgelöst von starken ökonomischen Schocks, neue Gesellschaftsformen hervorbringen können. In meiner Untersuchung des Multilateralismus werde ich ein Kernproblem des finanziellen und geldpolitischen Multilateralismus herausarbeiten: seine Fixierung auf eine nationale Währung, den US-Dollar. Wie sähe eine Welt mit echter Währungsdiversität aus, mit klaren Äquivalenzen, die zu einem nahtloseren Handel und Umtausch führen würden? Würde das in einer globalisierten Welt, die nun von Geld und Informationen ge-

trieben ist, zu mehr Flexibilität in sozialen und politischen Kategorisierungen führen?

Ein gutes Beispiel für einen valenzverschiebenden Terminologiewandel ist der Begriff der Gerechtigkeit, der Mitte des 19. Jahrhunderts als soziale Gerechtigkeit und ab dem 20. Jahrhundert als globale Gerechtigkeit neu definiert, erweitert und schließlich sabotiert wurde. Die Hinwendung zum Thema der sozialen Gerechtigkeit begann als reaktionärer Angriff auf die aus der Französischen Revolution hervorgegangene Idee universeller Rechte und Freiheiten. 150 Jahre später hatten sich die politischen Vorzeichen umgekehrt. So kam es Ende des 20. Jahrhunderts zu Kritik seitens der Linken an konventionellen beziehungsweise klassisch liberalen Anliegen in Bezug auf Rechte und politische Gleichberechtigung, was eine destruktive Spirale sich stetig ausweitender Forderungen auslöste. Infolgedessen wurde die klassische Funktion der Gerechtigkeit als Kern staatlicher Legitimität untergraben. Auseinandersetzungen um die Umverteilung, gerechtfertigt durch das Bestreben nach immer lockereren Gerechtigkeitsgrundsätzen, erodieren ebenfalls das Potenzial zur Schaffung von Wohlstand und Prosperität als Grundlage für ein umfassenderes Maß an menschlicher Wirkmacht.

In den aktuellen Debatten über die Globalisierung und ihre Probleme schwirren zahlreiche Begriffe umher und manche Leser und Leserinnen werden sich vielleicht darüber wundern, dass ihr Lieblingsglobalisierungswort kein eigenes Kapitel bekommen hat. Manche Begriffe sind zwar wichtig, ihre Verwendung jedoch nicht umstritten. Das Thema der Ungleichheit streife ich in einigen Kapiteln über andere Begriffe, ohne ihm ein eigenes zu widmen. Thomas Piketty, Tony Atkinson und Branko Milanović haben in den letzten Jahren einflussreiche Bücher zu diesem Thema veröffentlicht.¹² Der Handel sowie Waren- oder Finanzflüsse gehören zur Standardanalyse der Globalisierung und werden daher auch im zugehörigen Kapitel behandelt.

Das andere Extrem sind Wörter, die inzwischen so fluide genutzt werden, dass sie konzeptuell kaum noch zu fassen sind. Manche Begriffe, die in der politischen Debatte hoch im Kurs stehen und infla-

tionär gebraucht werden, werden hier nur an solchen Stellen behandelt, wo sie die anderen Begriffe betreffen: Insbesondere der Begriff des *Faschismus* ist ein allgegenwärtiges Schimpfwort geworden. So wird Trump häufig als Faschist bezeichnet, der wiederum seine politischen Gegner regelmäßig als Linksfaschisten beschimpft.

Ein anderer, sehr weitverbreiteter Begriff ist für dieses Buch von zentraler Bedeutung: *Liberalismus*. Eine Diskussion dieses Begriffs – vages Ehrenabzeichen für die einen, hasserfüllter Kampfbegriff für die anderen – erfordert eine nuancierte und kontextualisierte Definition. Helena Rosenblatt hat die komplexe Geschichte dieses Begriffs kürzlich sehr detailliert nachgezeichnet: wie die Atlantischen Revolutionen des späten 18. Jahrhunderts sich ein römisches Ideal aneigneten und es »christianisierten, demokratisierten, sozialisierten und politisierten«, bis es ihren revolutionären Zielen entsprochen habe.¹³ Seither war der Begriff des Liberalismus in aller Munde, sodass die US-amerikanische Historikerin Jill Lepore ihn schlicht als »den Glauben« beschreiben konnte, »dass die Menschen gut sind und frei sein sollten, und dass die Menschen Regierungen einsetzen, um diese Freiheit zu garantieren.«¹⁴

Einige weitverbreitete Begriffe überlappen mit oder haben ein enges Verhältnis zu anderen. Daher werde ich *Imperialismus*, der die Geschichte der Globalisierung entscheidend geprägt hat und heute sehr flexibel verwendet wird (weil die Untersuchung der Ausweitung der formalen Herrschaft um ein informelles Verständnis von Imperien erweitert wurde), im Kontext der Hegemonie behandeln.

Es ist tatsächlich der Kern unserer aktuellen Dilemmata, wie jeder der Begriffe definiert werden soll. Ihre unklaren Bedeutungen stellen ein Hindernis für eine produktive Debatte und die Anwendung einer rigorosen Logik dar. Damit Lösungen für drängende Probleme gefunden werden können, muss jeder dieser Begriffe in einem Akt intellektueller Entrümpelung neu gedacht werden. Die Lifestyle-Influencerin Marie Kondō hat eine sehr erfolgreiche Aufräummethode entwickelt, bei der Menschen ihr Zuhause im Sinne einer minimalistischen Ästhetik in Ordnung bringen können. Gegenstände, die »nicht mehr glücklich machen«, werden aussortiert. Das Kondō-Prinzip sieht vor, dass

Familien gemeinsam die Gegenstände früherer Generationen durchgehen. Eine Übertragung dieser Methode auf die intellektuelle Hygiene würde bedeuten, dass aus der familiären Aufräumaktion eine nationale und internationale Debatte wird: eine Entrümpelung, die Platz für jene Ideen schafft, die »die kreativ machen«. Um noch einmal Mill zu zitieren: »Aber wenn wir uns zu Gegenständen wenden, die unendlich viel komplizierter sind, etwa zu Fragen der Moral, der Religion, der Politik, oder zu soziologischen Beziehungen und den Geschäften des täglichen Lebens, so bestehen Dreiviertel der Argumente in der Bekämpfung der Gründe, die für die entgegengesetzte Meinung sprechen.«¹⁵

Zuerst müssen wir verstehen, woher die Ideen kommen und warum sie so dermaßen generalisiert und globalisiert wurden, dann aber sollten wir mit der Frage enden, wie ihre Bedeutungen und Verwendungen, die ihre ursprüngliche Konzeptualisierung vorangetrieben hatten, wiederhergestellt werden können. Wenn wir verstehen, wie sich die Bedeutungen der Begriffe in verschiedenen nationalen Kontexten, mit der Beschleunigung der Lebenswelt und dem technologischen Wandel verändert haben, können wir uns wieder auf das Wesentliche besinnen. Dafür müssen wir uns nicht nur über die Ursprünge des gesellschaftlichen Zusammenhalts und der politischen Organisation Gedanken machen, sondern auch über die Begriffe (die politische Sprache) und die Instrumente (das Geld), die wir nutzen, um unsere eigenen Erfahrungen in unsere Ideen über die Erfahrungen anderer zu übersetzen. Damit wir uns wieder auf das wirklich Wichtige konzentrieren können, müssen wir einen Blick in die Vergangenheit werfen, um zu verstehen, was jene Begriffe bedeuteten, bevor unser Wortschatz durcheinandergeriet.